

Parteienverdrossenheit

In den letzten Jahren scheint in allen Schichten der Bevölkerung ein zunehmendes Mißtrauen gegen die „etablierten“ politischen Parteien um sich zu greifen. Wie Umfragen zeigen, wächst bei vielen Bürgern das Gefühl, sie würden von den Parteien nicht ernst genommen. Sie haben den Eindruck, die Parteien kümmern sich nur in der Wahlpropaganda um die Interessen der Wähler, verfolgen aber in der praktischen Politik ihre eigenen, parteiegoistischen Ziele. Zeichen dieses Unbehagens ist auch die Resonanz, auf die Protestparteien immer wieder stoßen.

Eine solche Entwicklung ist deswegen bedrohlich, weil die Parteien für die Demokratie unentbehrlich sind. Sie schaffen die Voraussetzungen, daß der politische Wille des Volkes formuliert und in politisches Handeln umgesetzt werden kann. Von ihrer Stellung und Bedeutung im politischen Leben, von ihren Zielen und ihrem Verhalten hängt wesentlich das Schicksal der Demokratie ab. Sie sind – in der Formulierung des Parteiengesetzes vom Jahr 1967 – „ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ und erfüllen eine von der Verfassung verbürgte „öffentliche Aufgabe“, zu der die Vertiefung der politischen Bildung, die Förderung der „aktiven Teilnahme des Bürgers am politischen Leben“ und die „ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen“ gehören. Wenn sich bei der Mehrheit der Bürger die Meinung verbreitet, die Parteien versagten bei der Erfüllung dieser Aufgabe, dann steht der freiheitliche demokratische Rechtsstaat selbst auf dem Spiel.

Der Vertrauensschwund gegenüber den politischen Parteien läßt sich durch ihr Verhalten allein nicht erklären. Die Wurzeln reichen tiefer. So gelten Meinungsverschiedenheiten und Konflikte weithin als Zeichen von Schwäche und mangelnder Einheit. Harmonie und Eintracht haben bei vielen einen höheren Rang als Konkurrenz und Auseinandersetzung. Eine Partei, die ihre Konflikte nicht vertuscht, sondern offen austrägt, gilt als „zerstritten“ und „unglaublich“, während eine „geschlossene“ Partei den Eindruck von Stärke und Glaubwürdigkeit erweckt. Auseinandersetzungen zwischen den Parteien werden als „Parteiengezänk“ und „Parteihader“ abgewertet – obwohl solche Diskussionen in einer parlamentarischen Demokratie legitim, ja für eine verantwortete politische Entscheidung unerlässlich sind. Für diese Wesenselemente einer pluralen Gesellschaft fehlt häufig das Verständnis, ganz abgesehen von der prinzipiellen Ablehnung jeder Parteien- und Interessenvielfalt durch die totalitären Ideologien von links und rechts.

Ähnliches gilt von einem heute weitverbreiteten Mißtrauen gegen die Macht. Das Erringen von Macht und Einfluß ist ein Wesenselement jeder politischen Auseinandersetzung: „Wer Politik treibt, erstrebt Macht“ (Max Weber). Es kommt nur darauf an, zu welchem Ziel und mit welchen Mitteln politische Macht erstrebt und ausgeübt wird: um des Gemeinwohls willen, zur Durchsetzung einer gerechten Ordnung, zur Sicherung des Friedens im Rahmen und unter Kontrolle des Rechts, oder im Dienst egoistischer Ziele, oder gar nur als Selbstzweck, um nämlich die Macht und ihr Prestige zu genießen. Wenn jedoch Macht überhaupt als ungerechte „Herrschaft von Menschen über Menschen“ verdächtigt wird, dann ist jede Macht böse und jedes Machtstreben unmoralisch, und Politik wird zum „schmutzigen Geschäft“.

Die Parteien wären aber schlecht beraten, wenn sie das derzeitige Unbehagen nur als Folgen eines Denkens ansähen, das Harmonie idealisiert und Macht grundsätzlich kritisch betrachtet. Sie bieten auch selbst vielfachen Anlaß zu Vorbehalten, Skepsis, Argwohn und Mißtrauen. Nur einige Stichworte sollen die Gefahren bezeichnen, denen die Parteien ausgesetzt sind und denen sie zu leicht verfallen: Der Gruppenegoismus, der dazu verleitet, nicht dem Gemeinwohl zu dienen, sondern die Interessen der Parteien durchzusetzen und die Partei mit dem Staat zu identifizieren; die Ämterpatronage, die öffentliche Ämter als Pfründen der Parteien betrachtet und aus den Parteien Vereinigungen von Karriererittern und Stellenjägern macht; die ungeheure Diskrepanz zwischen den Wahlversprechen und der Politik nach den Wahlen; die Versuche, den Wählern Tatsachen vorzuenthalten und sie über Wahrheiten hinwegzutäuschen, die der jeweiligen Partei gefährlich werden könnten; die Leichtfertigkeit, mit der Politiker sich über demokratische Gesinnungen und Verfahrensweisen hinwegsetzen und die von ihrer Partei verkündeten Ideale im eigenen Verhalten mißachten; der rüde Stil mancher Auseinandersetzungen und die Verteufelung des politischen Gegners – solche Verhaltensweisen sind es, die das Vertrauen der Bürger untergraben und Parteienverdrossenheit erzeugen.

Die Parteien haben es selbst in der Hand, eine Wende herbeizuführen. Wenn sie Konflikte fair austragen, Kritik mit Argumenten und nicht mit Affekten untermauern, wenn sie nicht den Eindruck erwecken, die eigene Partei sei allein im Recht und die anderen seien völlig im Unrecht, wenn sie im Umgang mit der Macht verantwortlich handeln, wenn sie auch in Zeiten des Wahlkampfes weder Tatsachen verfälschen noch Unerfüllbares versprechen, dann werden sie schnell das Unbehagen abgebaut haben, das sie heute so häufig feststellen müssen.

Wolfgang Seibel SJ